

Die deutsche Note und die Not der Schweiz.

dt Bern, Ende Juli.

Die Delegierten der Schweiz sind zum zweiten Male nach Paris gereist, um einen letzten Versuch zu machen, ihrem Lande das Recht auf ein halbwegs selbständiges Wirtschaftsleben zu sichern oder richtiger neu zu erkämpfen. Große Hoffnungen haben sie nicht nach Frankreich mitgenommen. Sie wissen sie werden in der Sprache dieses Landes, mit deren glatten Redewendungen sich so gut der Kern einer Sache umgehen läßt, wieder höflich und liebenswürdig empfangen werden, Gerechtigkeit aber wird man ihnen kaum widerfahren lassen. Leichtsin, wie bei der ersten Unterhandlung schon, wird man alle Verantwortlichkeit von sich abwälzen und die Schuld an der Zwangslage der Schweiz wieder denen zuschieben, die heute nun einmal die Urheber jedes Unglücks in der Welt sein sollen, den Deutschen. Die französische Presse wird zum hundertsten Male ihr altes Lied vom deutschen „chantage“, vom Erpressungsversuche anstimmen, den die deutsche Regierung mit ihrer Note vom Juni an der Schweiz begangen habe, und schließlich werden wohl gar einige Schweizer selbst, Westschweizer wenigstens, diesen Unsinn glauben. Es ist ja die traurige, nebenbei von erschreckender geistiger Armut zeugende Methode der französischen Zeitungsleute, Tag für Tag in immer den gleichen Phrasen immer dieselben Entstellungen zu wiederholen, bis sie endlich in die erschöpften Hirne der Leser einsickern. Uns widertreibt es, Gesagtes nochmals und dreimal zu sagen. Aber im gegenwärtigen Augenblicke, wo die neutrale Eidgenossenschaft unter dem Druck des Weltkrieges ihre schwerste Prüfung erfährt, darf und muß es doch noch einmal betont werden, daß die Not der Schweiz mit jener deutschen Note so wenig in ursächlichem Zusammenhange steht, wie die zwei ähnlich klingenden Wörter selbst ihrem Ursprung nach etwas miteinander zu schaffen haben. Die Note ist nur ein Symptom der bestehenden Notlage.

Als während der Sommertagung der schweizerischen Bundesversammlung der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements etwas unerwartet das Parlament mit der Mitteilung des ungefähren Inhaltes der deutschen Note an die Schweiz überraschte, mochte es den Anschein haben (und Uneingeweihte sind vielleicht noch heute der Meinung), daß die Ankunft dieses Schriftstückes für den Bundesrat selbst eine große Ueberraschung bedeutet hätte, daß es wie ein Blitz aus zwar nicht heiterem, aber auch nicht gemitterbrohendem Himmel plötzlich ins friedliche Behagen des Schweizerlandes hineingefahren wäre. Davon kann keine Rede sein. Die am 9. Juni übergebene Note ist nichts weiter als ein Glied in der Kette von Verhandlungen, die zwischen Deutschland und der Schweiz schon seit Monaten über die längst bestehende Frage des Kompensationsverkehrs gepflogen wurden. Eine Ueberrumpelung kann auch der böswilligste Beurteiler nicht gut in der Uebersetzung eines Schriftstückes erblicken, das einfach die Fortsetzung eines durch die Verhältnisse gebotenen, dabei beiderseits vollkommen freundschaftlichen Gedankenaustausches bildet. Man hat in der Schweiz wiederholt die Veröffentlichung dieser Note verlangt. Aber eben weil sie kein selbständiges Dokument, kein in sich abgeschlossenes „Ultimatum“ darstellt, weil sie auf frühere Verhandlungen zurückgreift und darum außer dem Zusammenhange kaum richtig verstanden werden dürfte, wird sie sich, vermuten wir, zur Bekanntgabe nicht recht eignen. Inmerhin könnte der Augenblick kommen, wo es angezeigt erscheinen mag, der Offenlichkeit wenigstens bruchstückweise die Note mitzuteilen. Dann wird man vielleicht erkennen, daß sie auch ihrem Inhalte, ihren Forderungen nach, obwohl sie ursprünglich befristet war, sich durchaus nicht zu der Schärfe eines wirtschaftlichen Ultimatus zuspitzt. So ist darin unseres Wissens von der Androhung einer Sperre, einer vollständigen Unterbindung der deutschen Kohlen- und Eiseneinfuhr in die Schweiz überhaupt nicht die Rede. Es wird einfach der deutsche Standpunkt und die aus ihm sich ergebenden selbstverständlichen Forderungen, die die Schweiz längst als berechtigt anerkannt hat, die sie aber in letzter Zeit wider Willen nicht mehr erfüllen konnte, noch einmal auseinandergesetzt. Und Deutschlands Standpunkt ist sonnenklar. Es kämpft gegen die halbe Welt auf Tod und Leben. Es hält trotzdem nach wie vor Zehntausende von Arbeitskräften, Tausende von rollenden Wagen täglich für die stammesverwandte Schweiz bereit, um ihr Eisen und Kohle kompensationsfrei und zu Preisen zu liefern, die um das Nechtfache von den Preisfäden der Entente übertroffen werden, ganz abgesehen davon, daß diese etwa Eisen an die Schweiz gar nicht abzugeben in der Lage wäre. Aber Deutschland liefert der Schweiz auch Waren, an denen es selber heute schweren Mangel leidet. Das kann es, will es sich nicht ins eigene Fleisch schneiden, natürlich nur auf sich nehmen, wenn es andere,

Strafbarkeit des beutlichen Warenbesitzes in der Schweiz auch durchaus nicht irgendwelch empfänglich getroffen werden können. Zehnfachmal schwerer treffen die Folgen die Schweiz. Eine ungenügende Entschädigung der Ententeertritter wird aber überdies eine Rückwärtsbildung haben, die Deutschland nicht unwillkommen zu sein braucht: die in der Schweiz nach dem handlichen Symptomen für die Mittelern werden auf ein Mindestmaß zusammenzufassen.